

antimilitaristische rundschau*

*Zusammengestellt von Christoph Marischka

Verweigern

Die Anzahl der Spät-Verweigerer in der Bundeswehr, also derer, die aus dem Dienst heraus selbigen verweigern, ist 2006 gegenüber dem Vorjahr um 40% auf 2.269 gestiegen, darunter 2203 Wehrpflichtige, 65 Zeitsoldaten und ein Berufssoldat. Das Verteidigungsministerium verweist in diesem Zusammenhang jedoch darauf, dass es im Jahr 2001 mit insgesamt 2.448 Anträgen noch mehr solche Fälle gegeben habe. Agustín Aguayo, der erste in Deutschland stationierten US-Soldat, der öffentlich seine erneute Verlegung in den Irak verweigerte und sich hierfür im September 2006 unerlaubt von der Truppe entfernte, erhält den diesjährigen Stuttgarter Friedenspreis. Er war am 6.3.2007 in Schweinfurt wegen „Desertion“ zu einer Haftstrafe von acht Monaten verurteilt, am 18.4.2007 jedoch aus der Haft in Mannheim entlassen worden und kurz darauf in die USA zurückgekehrt. Nach Angaben des Pentagon gab es seit Beginn des Irakkrieges etwa siebentausend Fahnenflüchtige, alleine 3.300 im Jahr 2006. Viele von ihnen fliehen nach Kanada und beantragen dort Asyl. So auch Joshua Key, der über seine Erlebnisse im Irak mittlerweile ein Buch geschrieben hat („Ich bin ein Deserteur“). Aus diplomatischen Gründen werden sie kein Asyl erhalten, aber ausgewiesen werden sie auch nicht. Theoretisch droht ihnen in den USA die Todesstrafe. Unterstützt werden die Deserteure vor allem von Fahnenflüchtigen aus dem Vietnamkrieg, von denen noch Tausende in Kanada leben. Sie hatten damals Asyl erhalten.

Afrika, Afrika

Am 17.7.2007 war der stellvertretende UN-Sekretär für Friedensmissionen, Jean-Marie Guehenno, zu Gast beim Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee (PSK) der EU. Dort bat er die Vertreter der Mitgliedsstaaten um eine hochmobile Truppe, welche im Tschad, wo sich 230.000 Flüchtlinge aus dem Sudan aufhalten sollen, stationiert würde. Die UN plane gemeinsam mit der Afrikanischen Union (AU) eine Polizeimission, die zeitgleich im vierten Quartal 2007 beginnen soll. Die Regierung des Tschad sei in diese Pläne eingeweiht und einverstanden. Der EU Außenbeauftragte Javier Solana sowie UN Generalsekretär Ban Ki-moon unterstützen das zunehmende Engagement der EU, um das

angrenzende Dafur zu stabilisieren. Bis Ende des Jahres sollen dort 26.000 Soldaten, ebenfalls in einer „hybriden“ UN/AU-Mission stationiert werden. Am selben Tag informierte der Portugiesische Vertreter des PSK den Verteidigungsausschuss des Europäischen Parlaments darüber, dass gegenwärtig eine ESVP Mission in Guinea-Bissau erwogen werde. Eine Sondierungsmission hätte bereits unter deutscher Ratspräsidentschaft stattgefunden. Ziel des Militäreinsatzes könnte unter anderem der zunehmende Drogenhandel in Westafrika sein. In dem kleinen Land an der westafrikanischen Küste mit knapp 1.5 Mio. Einwohnern gibt es außerdem unerschlossene Erdölvorkommen.

USA unerwünscht

Die USA möchten der wachsenden Bedeutung Afrikas durch ein eigenes Oberkommando ihrer Streitkräfte auf diesem Kontinent, das AfriCom, gerecht werden. Dieses soll möglichst schnell von Stuttgart nach Afrika verlegt werden. Seit April reist nun eine Delegation aus Vertretern des Pentagon und der staatlichen „Entwicklungshilfeorganisation“ USAID durch die afrikanischen Staaten, wirbt für eine Stationierung des AfriCom im jeweiligen Land und blitzt dabei regelmäßig - mal mehr und mal weniger freundlich - ab. Besucht wurden zunächst Ghana, Senegal, Südafrika und Nigeria, dann Marokko, Libyen, Algerien, Ägypten, Äthiopien und Djibouti. Marokko galt als aussichtsreicher Kandidat, sagte aber ebenfalls ab. Libyen sprach sich gleich generell gegen US-Truppen auf dem ganzen Kontinent aus. Ein Beamter im Außenministerium folgerte aus der Ablehnung: „Wir haben ein großes Imageproblem dort unten“

Krieg zu laut

Eine Häuserkampfübung des KSK in der Buckenberg-Kaserne (Pforzheim) stieß auf so heftige Empörung seitens der Bevölkerung und Stadtverwaltung, dass die Übung, die von Mittwoch, dem 13.6.2007 bis Freitag, geplant war, Donnerstagnachmittag abgebrochen wurde. So flogen Bell-Hubschrauber über die Kindertagesstätte im Stadtteil Haidach, Scheiben zitterten von den Detonationen der Handgranaten und der Lärm der Maschinengewehre war unüberhörbar. Der Rektor einer in der Nähe liegenden Schule ging Anfangs noch

davon aus, dass die Kaserne abgerissen wird - Welch schöne Verstellung Ein Soldat versuchte die Übung zu rechtfertigen: Da der Bund bei Truppenübungsplätzen spare, müsste auf andere Objekte ausgewichen werden. Die Politik brachte fraktionsübergreifend ihr Missfallen zum Ausdruck und forderte Rechenschaft über die Vorfälle.

Kein ruhiges Hinterland

Als „Europas schönstes Gartenfest“ bezeichnet sich das Sommerbiwak der 1. Panzerdivision der Bundeswehr, das alljährlich im Hannoverschen Stadtpark Tausende geladene Gäste aus Wirtschaft, Politik und Militär versammelt, um im „zivilen Umfeld“ dem „Zauber der Nacht“ zu frönen. Seit zwei Jahren wird dieses von der Stadtverwaltung und Polizeidirektion unterstützte Fest gestört, diesen Juli erstmals durch eine breite, antimilitaristische Bündnisdemo sowie autonome Kleingruppen. Auch im nahe gelegenen Gifhorn wurde am 11.07.2007 erstmals durch etwa 50 Antimilitaristen gegen den jährlich stattfindenden Besuch der Nijmegen-Marschierer der Bundeswehr demonstriert. Im Juni erhielten bereits die Teilnehmer der vom Handelsblatt initiierten „Defence Conference“ in Berlin ungebeten Besuch durch die „Clandestine Insurgent Rebel Clown Army“. Auch die Verleihung des Baden-Württembergischen Landesforschungspreises an das Fraunhofer-Institut für Angewandte Festkörperphysik in Freiburg am 21.6. wurde von Protestierenden gestört, weil das Institut Rüstungsforschung betreibt, die bei der Verleihung ausdrücklich gelobt wurde. Rekrutierungsveranstaltungen der Bundeswehr in Arbeitsagenturen wurden in den letzten zwei Monaten unter anderem in Rostock, Giessen und Köln gestört oder verhindert. Beobachter merken an, dass solche Veranstaltungen mittlerweile kaum noch öffentlich angekündigt werden, weder von der Truppe noch den Arbeitsagenturen.



Herausgeber ist die Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.
Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder. Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen, www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de, Tel. 07071/49154